

KOMMENTAR

Erste Wahlen zum Europaparlament in der Slowakischen Republik: Ignoranz der Wähler und Zufriedenheit bei der Koalition

von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), die in der Slowakischen Republik am 13. Juni stattfanden, brachten die Slowakei in einem äußerst unruhlichen Punkt in Front: Es beteiligten sich gerade einmal 16,96 % aller Wähler an dem Urnengang. Diese Zahl markiert einen absoluten Tiefpunkt in der Geschichte der Europawahlen – noch nie hat es irgendwo eine derart niedrige Wahlbeteiligung gegeben. Welche Partei wieviele Sitze im EP errungen hat, hatten wir schon in der vorigen Ausgabe berichtet. Diesmal analysieren wir die Ergebnisse. Die extrem niedrige, ja sogar schlichtweg Ignoranz signalisierende Wahlbeteiligung wurde vom Sprecher des EP David Harley wie vom slowakischen EU-Kommissar Ján Figel scharf kritisiert (siehe Kasten 1).

Ein Teil der Regierungskoalition war zufrieden mit dem Wahlergebnis, weil 8 der 14 neuen EP-Abgeordneten aus ihren Reihen stammen (die SDKÚ und die KDH kamen auf drei Mandate, die SMK auf zwei). Sechs Mandate entfielen auf Kandidaten der Opposition (Smer und LS-HZDS haben jetzt jeweils drei Sitze im EP). Während die Koalitionspolitiker dieses Ergebnis als Erfolg für sich werteten, ist soziologischen Analysen etwas ganz anderes zu entnehmen: Danach lässt sich die niedrige Wahlbeteiligung unter anderem auch als Denkzettel für die Regierung oder als Ausdruck von Politikverdrossenheit begreifen. Dies sollte die Euphorie in den Reihen der Koalition dämpfen. Unter anderem lässt sich die niedrige Wahlbeteiligung so erklären:

- Die Bürger hielten den EU-Beitritt für wichtig; danach war das Thema für sie mehr oder weniger erledigt. Offensichtlich hielten sie es nicht für notwendig, die Zusammensetzung von EU-Organen zu beeinflussen.
- Das EP wird von einem Großteil der Wähler nur als weit entferntes Organ begriffen; die Mehrheit hat keine Vorstellung von ihrer Bedeutung und ihren Kompetenzen.
- Nach den Wahlen und Referenden, die sich vor den Wahlen zum EP gehäuft hatten, hatte sich möglicherweise Wahlmüdigkeit eingestellt.
- Die Wahlkampagnen waren langweilig, nicht überzeugend und ließen interessante Themen vermissen. Die Medien befassten sich eher mit den Dämonen der EP-Abgeordneten als mit deren Standpunkten.

Das Ergebnis der Wahlen zum EP weicht deutlich von den Ergebnissen der Umfragen im Vorfeld der Wahlen ab; danach war durchweg ein deutlicher Vorsprung der Oppositionspartei Smer zu erwarten gewesen. Das Wahlergebnis entsprach also auch nicht dem in den übrigen EU-Mitgliedsstaaten zu beobachtenden Trend, dass die Wähler durchweg gegen die ihre Regierungen stimmten und damit oppositionelle Kräfte unterstützten. Freilich lässt sich in der Slowakei kaum abschätzen, ob die Wähler nun für die Regierung oder die Opposition votierten; bei einer Wahlbeteiligung von 17% ist ein nicht unbedeutendes Risiko einer deutlichen Verzerrung gegeben.

Obwohl die Slowakei wegen der schwachen Wahlbeteiligung deutlicher Kritik ausgesetzt war, sollte das Ergebnis nicht dramatisiert werden. Ein Großteil der slowakischen Wähler, der über Jahren hinweg mit Blick auf den EU-Beitritt in Ungewissheit, ja sogar in Angst vor internationaler Isolation lebte, hat den EU-Beitritt aus eigener Kraft mit Befriedigung aufgenommen. Für diese Klientel war vor allem der EU-Beitritt wichtig, „Details“ wie die Wahlen zum EP sind für sie nicht mehr von Schlacht entscheidender Bedeutung. Deshalb nehmen wir die niedrige Wahlbeteiligung zwar als unangenehme, aber keinesfalls schockierende Nachricht auf. Es ist offensichtlich notwendig, im Bildungseinrichtungen und in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit über einen langen Zeitraum hinweg die Bedeutung der EU-Organen zu erläutern, damit sie sich im Bewusstsein der Wähler einprägen. Darüber hinaus war eine niedrige Wahlbeteiligung nicht nur ein Problem der Slowakei, sondern fast aller Mitgliedsstaaten. Das bedeutet, dass auch die EU einen Fehler gemacht hat, der zur Gleichgültigkeit der Bürger in vielen Ländern geführt hat; damit geht es nicht nur um den unverantwortlichen Eintritt einzelner bestimmter Nationen...

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Erste Wahlen zum Europaparlament in der Slowakischen Republik: Ignoranz der Wähler und Zufriedenheit bei der Koalition.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Parlament legt gegenüber Minderheitsregierung härtere Gangart ein.....2
Staatspräsident Ivan Gašparovič tritt Amt an.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

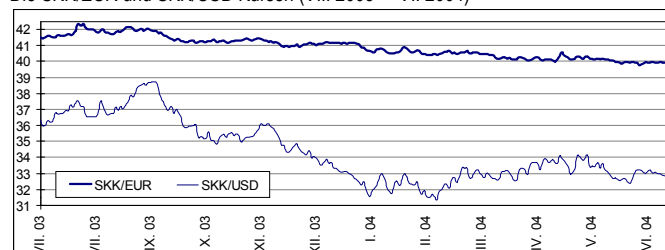
„Terroristen können Europa und die USA nicht spalten“.....2
Parlament beschneidet Vollmacht der Regierung in europäischen Fragen.....2
Weiteres Euroreferendum „droht“3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Restrukturalisierung.....3
Bruttoinlandsprodukt.....3
Industrie und Handel.....3
Inflation.....4
Arbeitsmarkt.....4
Ausländische Investitionen.....4
Auslandsschuld.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (VII. 2003 – VI. 2004)



Quelle: NBS

	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	4,9
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,2
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	17,0
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	33,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

Kasten 1: Aussagen zum Ausgang der Wahlen zum EP

„Die Wahlergebnisse in der Slowakei waren für uns eine große Enttäuschung.... Die europäischen Institutionen, aber auch die politischen Parteien in der Slowakei müssen die Verantwortung dafür übernehmen. Wir wollen niemanden direkt beschuldigen, damit sich so etwas in der Zukunft nicht wiederholt.“
/David Harley, Sprecher des EP/.

„Das ist kein gutes Signal und auch keine gute Visitenkarte für ein neues Mitgliedsland.“
/Ján Figel, slowakischer EU-Kommissar/.

„Die Slowakei hat sich auf schlechte Art und Weise in das Bewusstsein der übrigen Mitgliedsstaaten eingetragen.“
/Eduard Kukan, Außenminister der Slowakischen Republik/

„.....meine Freunde und Partner haben mir auf sehr liebe, menschliche und schöne Art und Weise zu diesem hervorragenden Sieg gratuliert.“
/Ministerpräsident Mikuš Dzurinda zu den Reaktionen aus dem Ausland/

Quelle: M.E.S.A.10

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Parlament legt gegenüber Minderheitsregierung härtere Gangart ein

Bislang hat das Parlament der Minderheitsregierung das Leben eigentlich nicht schwer gemacht ...

Obwohl die Regierung ihre formale Mehrheit im Parlament schon zum Ende des vergangenen Jahres verloren hatte, beeinträchtigte das Parlament ihre Aktivitäten bislang nicht ernsthaft. Die Regierung konnte ihre Steuerreform und ihren Haushaltsvorschlag durchdrücken. Im Juni hat das Parlament den Druck auf die Regierung allerdings erhöht.

...jetzt hat sie aber unliebsame Anliegen...

Der Streit um die Veröffentlichung der Verträge mit Auslandsinvestoren hat eine neue Qualität erlangt, seit das Parlament die Regierung um die Vorlage des bisher unveröffentlichten Kontraktes mit dem Automobilunternehmen Kia ersuchte. Die Regierung beauftragte dann Wirtschaftsminister Pavol Rusko damit, einen Vorschlag auszuarbeiten, wie dem Ersuchen des Parlaments entsprochen werden könne.

Es ist wahrscheinlich, dass über den Druck des Parlaments das erreicht wird, was die Fachöffentlichkeit, darunter auch M.E.S.A. 10, schon mehrfach gefordert hat: die Verträge, in denen es auch um die Verwendung öffentlicher Gelder geht, sollen veröffentlicht werden. Die Lage ist zurzeit kurios: Die verantwortlichen Regierungsmitglieder stimmten fast einstimmig für eine Veröffentlichung des Vertrags, der Kia-Vorstand hat längst bekannt mitgeteilt, dass er keine Einwände gegen eine Veröffentlichung des Vertrages vorzubringen habe; der Wirtschaftsminister sieht aber ein Problem bei Kia, wo man inzwischen entgegen früherer Äußerungen angeblich doch gegen die Veröffentlichung des Vertrags sei.

Das Parlament will der Regierung außerdem im Laufe eines Monats einen Bericht vorlegen, in dem Schlussfolgerungen zu Fehlern, Irrtümern, Gesetzesübertretungen und Schäden zu Lasten der Volkswirtschaft bei der Privatisierung aufgelistet sind. Dessen Urheber, der Führer der Oppositionspartei Smer

Rober Fico, begründete die Notwendigkeit eines solchen Berichts damit, dass der Bericht des Slowakischen Informationsdiensts aus dem Jahre 2003 nicht in Vergessenheit geraten sollte, in dem Informationen über die illegale Abzweigung und Veruntreuung von Geldern zu finden sind.

...und blockiert vor allem Reformen im Schulwesen und auf sozialem Gebiet.

Schulminister Martin Fronc hat seine lang erwartete Reform im Parlament nicht durchbringen können. Das Gesetz, das zur Finanzierung der Hochschulen unumgänglich wäre (Gesetz über Studiengebühren), wurde in erster Lesung nicht in ausreichendem Maße unterstützt und muss überarbeitet werden. Der Schulminister will es dem Nationalrat nochmals vorlegen, kann dies aber frühestens in sechs Monaten tun.

Ende Juni fielen im Parlament zwei von Sozialminister Ludovít Kaník vorgelegte Gesetze zur Reform der Sozialversicherung durch. Beide Vorschläge betrafen die Funktionsweise der Sozialversicherung. Es ging nicht um wesentliche Reformgesetze, sondern eher um die Vollendung des Reformpakets.

Diese Misserfolge bedeuten noch nicht, dass die Regierung in Zukunft ihre Gesetzesvorhaben im Parlament nicht durchbringen könnte, zumal viele unabhängige Abgeordnete für die eben genannten Regierungsvorschläge stimmten. In jedem Fall spürt die Regierung erst jetzt, wie anspruchsvoll es ist, aus einer Minderheitsposition heraus zu agieren.

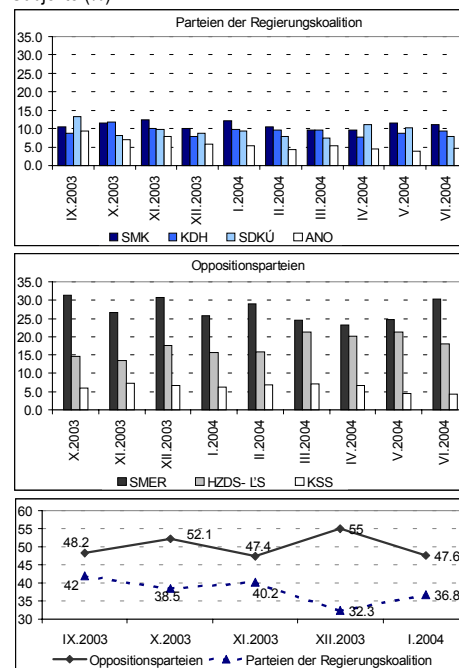
Staatspräsident Ivan Gašparovič tritt Amt an

Am 15. Juni hat Ivan Gašparovič sein Amt als insgesamt dritter und als zweiter direkt gewählter Staatspräsident der Slowakischen Republik angetreten. Zu seinem Credo hat er, wie schon in seiner Wahlkampagne, nationales Denken und soziales Empfinden erhoben.

Als positiv lässt sich hervorheben, dass Gašparovič sein Amt trotz aller früheren Rivalitäten zwischen Regierungschef und Parlamentspräsident einer- und dem heutigen Staatspräsidenten andererseits, als I. Gašparovič noch ein enger Mitarbeiter von V. Mečiar war, nicht mit Konfrontation begann. Das Arbeitstreffen der drei höchsten Männer im Staate eine Woche nach der Inauguration stand unter dem Zeichen gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Toleranz.

MEINUNGSUMFRAGEN

Graphik 1: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für öffentliche Meinung beim Statistiktamt der Slowakischen Republik, Berechnung M.E.S.A.10

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

„Terroristen können Europa und die USA nicht spalten“

Die Diskussion um den Verbleib slowakischer Soldaten im Irak hat sich verstärkt. An Schärfe gewann die Debatte nach dem tragischen Anschlag auf zwei Soldaten bei ihrer Mission im Irak. Wir bewerten als positiv, dass die slowakischen Verfassungsorgane bei den Diskussionen klare und deutliche Standpunkte formuliert haben, dies sogar trotz nicht ganz homogener Meinungen innerhalb der Regierungskoalition:

- Einen Abzug slowakischer Soldaten aus dem Irak soll es nicht geben (ein Teil des Parlament hatte nach dem tragischen Tod der Soldaten einen entsprechenden Vorschlag gemacht).
- Es soll nach Lösungen gesucht werden, die kein Nachgeben gegenüber dem Terrorismus bedeuten.
- Zugleich präsentierten sie Standpunkte zur Erneuerung der Partnerschaft zwischen den USA und Europa, ohne die sich das weltweite Netz des Terrorismus nicht zerschlagen lasse.

Schon bei der Sitzung des NATO-Parlamentsrats in Bratislava und auch in mehreren nachfolgenden Erklärungen hatten Parlamentspräsident Pavol Hrušovský und Premier Mikuláš Dzurinda für eine Erneuerung des Bündnisgedankens zwischen Europa und Amerika plädiert.

M. Dzurinda zufolge müssen Europa und Amerika alles tun, „... damit der Terrorismus zwischen ihnen kein Misstrauen und keine Angst aufkommen lässt. Wir dürfen uns nicht in Bessere und Schlechtere teilen und eine Demokratie gegen die andere ausspielen und damit Europa von den USA teilen“. Zugleich äußerte er die Überzeugung, dass reife Demokratien sich auch mit „den beschämenden Taten, die sich im Gefängnis von Bagdad ereignet haben“ auseinandersetzen wüssten. Er sprach sich nachhaltig dafür aus, dass die Öffentlichkeit nicht dem Gefühl erliegen dürfe, dass Terroristen unsere Gefängniswärter seien, und sich auch nicht der Psychologie der Geiselnahmer beugen dürfe. In dieser Frage sind sich die drei höchsten Männer im Staat einschließlich des neuen Präsidenten Ivan Gašparovič, dasseneinig.

Parlament beschneidet Vollmacht der Regierung in europäischen Fragen

Das Parlament hat die Selbstständigkeit der Regierung bei Verhandlungen mit der EU in einigen Punkten eingeschränkt. Die Mitglieder der Regierung müssen künftig in Abstimmung mit den Standpunkten des Nationalrats handeln. Die Abgeordneten interpretierten dies als Stärkung ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Das

Parlament hat sich durch die Annahme des Verfassungsgesetzes über seine Zusammenarbeit mit der Regierung seinen Einfluss auf Entscheidungen von Regierungsmitgliedern bei Abstimmungen im Ministerrat der EU bewahrt.

Die Regierungsmitglieder dürfen vom Standpunkt des Parlaments nur dann abweichen, wenn eine Kollision mit Staatsinteressen unvermeidlich wäre. Darüber muss das Parlament jedoch unverzüglich informiert werden. Logischerweise gibt es Befürchtungen, dass das Gesetz in der Realität kaum greifen könnte. Denn was die Termini „unumgänglich“ und „Kollision mit Staatsinteressen“ bedeuten, ist nicht geklärt. Es gibt auch noch ein anderes praktisches Problem: Bei der Fülle der Legislativakte der EU ist es eher unwahrscheinlich, dass das Parlament, das vor allem mit Fragen des eigenen Landes befasst ist, in der Lage ist, zu jeder Norm einen Standpunkt auszuarbeiten. Deshalb ist es möglich, dass Regierungsmitglieder für einen Großteil der Entscheidungen gar nicht erst die Meinung des nationalen Parlaments abfragen. Es ist aber zumindest eine Plattform dafür geschaffen, dass das Parlament sich wenigstens bei den Legislativakten nachhaltig zu Wort melden kann, die es für besonders wichtig hält.

Ein Hindernis für die optimale Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament liegt auch daran, dass der Ausschuss für Europäische Angelegenheiten bisher nur auf dem Papier existiert; Regierung und Opposition haben sich bisher nicht über die Besetzung des Gremiums verständigen können. Parlamentspräsident Pavol Hrušovský, der auch Urheber des genannten Verfassungsgesetzes war, ist deshalb daran gelegen, dass der Ausschuss seine Arbeit alsbald aufnimmt.

Weiteres Euroreferendum „droht“

Durch die Zustimmung zum ersten Vertrag über eine europäische Verfassung wurde augenblicklich eine innenpolitische Diskussion über die Notwendigkeit einer Ratifikation durch ein Referendum ausgelöst. Wir schreiben deshalb „droht“ in der Überschrift, weil wir ein Referendum über die Frage für problematisch halten. Die Bürger der

Slowakischen Republik haben nur ein geringes Interesse an Referenden und auch aus der niedrigen Beteiligung bei den Wahlen zum EP lässt sich schließen, dass ein Referendum über einen Verfassungsvertrag für Europa ein politisch außerordentlich riskanter Schritt wäre.

Die Kritiker des Vertrages werten ihn als Instrument der Beschränkung der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten, sie kritisieren die Abwandlung der Europäischen Charta der Menschenrechte in einigen Teilen (sie ist Bestandteil des Vertrages); die Christdemokraten sind enttäuscht über den fehlenden Hinweis auf die christlichen Wurzeln der europäischen Zivilisation in der Präambel. Am deutlichsten verwahrte sich der Innenminister und Christdemokrat Vladimír Palko gegen den Wortlaut

des Vertrages und die Notwendigkeit einer Ratifikation über eine Volksabstimmung. Gegen ein Referendum sprechen sich außer der Koalitionspartei KDH auch die oppositionellen Kräfte HZDS, KSS und Freies Forum aus. Die übrigen Parlamentsvertreter sind hingegen dafür.

Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda und die von ihm geführte SDKÚ werten die Übereinkunft über den Text der europäischen Verfassung als Erfolg und freundschaftlichen Kompromiss; das vom Premier durchgesetzte Vetorecht in Fragen der Steuer- und Sozialpolitik blieb unberührt.

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Restrukturalisierung

2003 war ein gutes Jahr für Giganten

Der vom Wochenmagazin Trend ausgearbeiteten vorläufigen Liste Top 200 zufolge hat das Volkswagen Slovakia im Vorjahr seinen Vorsprung vor dem Rest des Feldes ausgebaut. Die Erlöse von Volkswagen sind mit 183,2 Mrd. SKK fast doppelt so hoch wie die der Nummer Zwei Slovenský plynárenský priemysel (SPP, Gasgesellschaft) mit 72,4 Mrd. SKK. Volkswagen hat seine Erlöse zwischenzeitlich um 67,6% steigern können. Es ist bemerkenswert, dass sich Volkswagen bezüglich der Wertschöpfung mit 18,2 Mrd. SKK nur auf dem vierten Platz wiederfindet. Denn das Unternehmen hat nur einen Anteil 9,9% an der nationalen Wertschöpfung. Vier der fünf größten Unternehmen des Landes (Volkswagen, SPP, U.S. Steel Košice und Slovenské elektrárne, Kraftwerk) verbuchen ein Plus von 30 % und mehr bei der Wertschöpfung.

Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftswachstum bisher über den Erwartungen

Das Wirtschaftswachstum hat im ersten Quartal diesen Jahres die Erwartungen übertroffen. Das reale Plus von 5,5% bedeutet eine deutliche zwischenzeitliche Beschleunigung des Wachstums; so hoch war das Tempo zuletzt im Jahr 1998. Das Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 308,2 Mrd. SKK.

Der starke Zuwachs lässt sich vor allem einem Zuwachs der indirekten Steuern (Minus Subventionen) zuschreiben, erst an zweiter Stelle einem Zuwachs der Wertschöpfung. Dieser beläuft sich auf 0,8%, jener auf 71,5%. Die Steuern auf Waren und Dienstleistungen (die Steuereinnahme übers Jahr ein Plus von 70% verbuchte) kamen direkt dem Fiskus zugute. Dies ist nicht weiter überraschend; die Steuerreform wirkt sich vor allem bei den indirekten Steuern aus. Es geht um einen einmaligen und administrativ bedingten Zuwachs des Anteils der indirekten Steuern im Bruttoinlandsprodukt, der im ersten Quartal 2003 noch bei 5,8 % lag; jetzt sind es 9,4%. Darüber hinaus zog der private Verbrauch schneller als erwartet an. Der stärkere Zuwachs bei Endverbrauchern

Bemerkenswert ist der Rekordgewinn der SPP von 20,4 Mrd. SKK nach Steuern; das ist mehr als das Doppelte des Gewinns aus 2002. Die Ertragsrendite beläuft sich sogar auf 28,3%, das ist der zweitbeste Wert unter den herausragenden slowakischen Unternehmen. Am besten schlug sich hier das kleine Wasserwirtschafts- und Bauunternehmen Vodohospodárska výstavba, š. p., aus Bratislava, mit einem Wert von 53,4%.

Einzigartige Recycling-Wege bei der Entsorgung von Elektronik-Abfall

Im Juni ging die Testphase für ein auf das Recycling von Elektro- und Elektronik-Abfall spezialisierte Unternehmen zu Ende. Elektro Recycling, das seinen Sitz in Slovenská Lupča, entstand im Jahre 2002 nach Verabschiedung einer EU-Richtlinie, wonach Produzenten von Elektro- und

Elektronik-Produkten ab 2005 auch die Wiederverwertung des Abfalls sicherstellen müssen. Mehrheitseigentümer sind Metal Service Recycling und Kovod Recycling. Momentan ist das Recycling in der Slowakei und in Tschechien nur zum Teil gesichert.

Das Unternehmen hat umfassend investiert und kann alle Sorten E-Abfall verwerten. Die Investitionssumme beläuft sich auf 270 Mio. SKK, aus dem Recycling-Fonds kamen noch einmal 86 Mio. SKK hinzu.

Nach der Meinung den Vorstand Elektro Recycling konzentriert sich nicht nur auf den slowakischen Markt. Jährlich werden zurzeit 14.000 Tonnen Abfall aufbereitet. Abfallverwerter können auf zwei Einnahmequellen rechnen: die Gebühren für die Beseitigung von den Abfallverursachern und die Erlöse aus dem Verkauf der aufbereiteten Abfallstoffe.

lässt sich mit der günstigen Lohnentwicklung erklären, mit einer Verschiebung der Prämien zum Jahresende auf den Beginn des Jahres 2004 wegen der im Zusammenhang mit der Steuerreform geringeren Besteuerung ab Januar, aber auch mit einem bemerkenswerten Wandel bei der Verwendung des Einkommens: Die Ersparnisse der Haushalte sanken im Vergleich zum

Vorjahreszeitraum um 19,8 % bei einem Anstieg des Endverbrauchs um 10,5 % (laufende Preise). Zudem stieg der Export um 15,8%, das bedeutet eine nur mässige Verlangsamung gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum. Hinter den Erwartungen blieb aber die Schaffung von Bruttofixkapital, bei der ein nur minimaler Zuwachs zu verzeichnen war.

Tabelle 1: Ausgewählte Faktoren des Bruttoinlandsproduktes (Veränderungen zwischen den Jahren in %, stabile Preise, Methode ESA 95)

Index	2003					2004
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahr	1.Q.
Bruttoinlandsprodukt	4,1	3,8	4,2	4,7	4,2	5,5
Privater Verbrauch	2,6	-0,2	-2,2	-2,3	-0,6	3,0
Öffentlicher Verbrauch	2,0	-3,3	0,2	10,4	2,9	-2,3
Schöpfung Bruttofixkapital	-2,0	-0,4	-0,6	-1,8	-1,2	0,9
Export von Gütern und Dienstleistungen	21,0	21,5	21,6	26,1	22,6	15,8
Import von Gütern und Dienstleistungen	16,4	13,2	14,3	11,9	13,8	12,0

Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik

Industrie und Handel

Gewinne von Nicht-Finanzunternehmen zurückgegangen

Die Kosten von Unternehmen außerhalb der Finanzbranche stiegen im ersten Quartal 2004 mit 7,8 % schneller als die Erlöse mit einem Plus von 6,8%. Das bedeutet übers Jahr einen Rückgang von 3,6 % im Wirtschaftsergebnis. Der Gewinnrückgang hängt allein mit den erhöhten Kosten zusammen. Die Gewinne in der Industrieproduktion gingen gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um 28,3 % zurück trotz eines

starken Anstiegs der Erlöse bei der Herstellung von Verkehrsmitteln um 154 % und beim Bau von Maschinen und Ausstattungen um gar 171,6%.

Nennenswertes Element der Wirtschaftlichen Entwicklung war der Wohnungsbau. Es wurden 55,5 % mehr Familienhäuser und insgesamt 32,6 % mehr Wohnungen als im ersten Quartal 2003 fertiggestellt. Für die Baubranche war außerdem ein Plus von Arbeitskräften in Höhe von 12,5 % zu verzeichnen. Ungefähr 27% aller Wohnungen wurden im Kreis Bratislava fertiggestellt; für die Region bedeutet das übers Jahr einen Zuwachs von 145,5%.

Inflation**EU-Binnenmarkt wirkt sich kaum auf Preise aus**

Im Mai stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vormonat um 0,4% bei einem Anstieg der regulierten Preise und den Preisen für der Kerninflation unterliegende Güter um jeweils 0,3%. Die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Zigaretten ließ die Gesamtinflation um 0,07 Prozentpunkte anziehen. Bei den regulierten Preisen schlugen vor allem die Erhöhungen im Schul- und Gesundheitswesen sowie im öffentlichen Personennahverkehr der Städte durch. Bei den Handelswaren waren wegen der Entwicklung des Ölpreises

an den Weltmärkten vor allem Treibstoffe deutlich teurer. Die Dienstleistungen verteuerten sich auf den Gebieten Verköstigung und Erholung.

Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum stieg die Gesamtinflation um 8,3 %, die Kerninflation um 2,8 %. Im Durchschnitt von fünf Monaten zogen die Verbraucherpreise um 8,3 % an.

Die Preise für Industriegüter erhöhten sich im Mai um 1,4 %. Raffinerieprodukte waren um 8,9 % teurer, vor allem wegen der weltweit gestiegenen

Ölpreise. Im Vergleich zum Mai 2003 kosteten Industrieprodukte 2,2 % mehr.

Die Entwicklung der Preise hängt eher mit der Entwicklung des Ölpreises und administrativen Einflüssen zusammen als mit der Zugehörigkeit zum EU-Binnenmarkt. Damit bestätigen sich unsere Prognosen, in denen nur von einem geringfügigen Einfluss des gemeinsamen Marktes auf die Preisentwicklung ausgegangen wurde.

Arbeitsmarkt**Arbeitslosigkeit steigt oder sinkt – es hängt von der Methode ab**

Die Auswahlermittlung der Arbeitskräfte (VZPS) für das erste Quartal 2004 zufolge bestätigen sich die optimistischen Angaben der Arbeitsämter über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht. VZPS und Arbeitsämter gehen allerdings von verschiedenen Methoden aus, die hier zu einander widersprechenden Ergebnissen kommen. Den Arbeitsämtern zufolge sank die Arbeitslosigkeit, laut VZPS schnellte sie auf 19,3 % hoch; im ersten Quartal 2003 waren es 18,4% gewesen. Das bedeutet in jedem Fall, dass die Arbeitslosigkeit, die in den vergangenen 2 Jahren nach beiden Methoden zurückgegangen war, momentan nicht sinkt. Auf Grund der Unterschiede in den ermittelten Zahlen lässt sich damit die positive Bewertung der Entwicklungen am Arbeitsmarkt durch den Ministerium für Arbeit und Sozialwesen durchaus in Frage stellen.

Bei dem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde auch der „harte Kern der Arbeitslosigkeit“ größer. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen erhöhte sich um 6 %, die Zahl derer, die seit mehr als zwei Jahren ohne Beschäftigung sind, stieg um 13,4 %.

Nach dem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im abgelaufenen Jahr war hier für das erste Quartal wieder ein Rückgang von 0,1 % zu bemerken. Es ist weiterhin eine deutliche Verschiebung hin zur Selbstständigkeit zu beobachten. Während die Zahl der Angestellten um 1,8 % zurückging, stieg die der Selbstständigen bzw. Unternehmer um 16,3%. Darin kommt die Restrukturalisierung in den Unternehmen und die Auslagerung vieler Tätigkeiten zum Ausdruck, auf Grund derer sich frühere Beschäftigte nunmehr als Selbstständige wiederfinden.

Die Lohnentwicklung verlief im ersten Quartal positiv: Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Nominallöhne schneller (plus 11,2% gegenüber einem Zuwachs von 6,5% in 1Q 2003). Der Durchschnittslohn belief sich auf 14.541 SKK. Im Kreis Bratislava stieg der Durchschnittslohn am schnellsten, und zwar um 14,1% auf 19.498 SKK. Bei einem verlangsamten Anstieg des Preisniveaus kommt es zur Beschleunigung der Nominallöhne, dessen Ergebnis der Anstieg der Reallohn ist; dieser betrug im ersten Quartal 2,7% (nach einem Rückgang im vergangenen Jahr). Der Anstieg der Reallohn wird allerdings erst in der zweiten Hälfte des Jahres deutlich zu spüren sein, wenn sich die Inflation abschwächt.

Tabelle 2: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne

Index		2003					2004
		1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahr	1.Q.
Zahl der Erwerbstätigen	In Tausend	2130,8	2170,1	2186,7	2170,6	2164,6	2128,8
Zahl der Erwerbstätigen	Vergangenes Jahr = 100	101,2	102,6	102,3	100,9	101,8	99,9
Arbeitslosigkeitsrate	%	18,4	17,0	17,0	17,4	17,4	19,3
Durchschnittlicher Monatslohn	Sk	13082	14118	14066	16180	14365	14541
Durchschnittlicher Monatslohn	Vergangenes Jahr = 100	106,5	105,9	107,0	106,0	106,3	111,2
Anstieg der Reallohn	%	-1,0	-1,8	-1,9	-3,3	-2,0	2,7

Anmerkung: Die Angaben orientieren sich an der VZPS-Methode
Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik

Ausländische Investitionen**Verträge mit Investoren sollen veröffentlicht werden**

Der außergewöhnliche Druck, den ein Teil der Regierungskoalition, Nicht-Regierungsorganisationen und unabhängige Wirtschaftsanalysten im Zusammenhang mit geheim gehaltenen Investorenverträgen bzw. Strategischen Investoren ausgeübt haben, hat Früchte getragen. Am 30. Juni beschloss die Regierung, die Vereinbarungen insbesondere mit PSA und Kia/Hyundai zu veröffentlichen. Es sollen nur die Passagen der Verträge nicht publik gemacht werden, die Investoren als Geschäftsgeheimnisse einstufen. In Zukunft sollen entsprechende Kontrakte ebenfalls veröffentlicht werden, wenn es dabei auch um die Verwendung öffentlicher Gelder geht. Interessanterweise behauptet Wirtschaftsminister Pavol Rusko in diesem

Zusammenhang, dass der Automobilkonzern Kia einer Veröffentlichung des Kontraktes nicht zustimme. Das steht im Widerspruch zur Ankündigung von Kia Motors-Chef Chang Mong Koo, der bei der Vertragsunterzeichnung gesagt hatte, dass „es Sache der slowakischen Seite ist, welche Teile des Vertrags sie veröffentlicht und welche nicht...“.

Automobilhersteller locken Zulieferer

Im Zusammenhang mit dem künftigen Engagement der Automobilkonzerne PSA und Kia zeigen Zulieferbetriebe zunehmend Interesse an der Slowakei. Angesichts der geographischen Nähe

einiger wirtschaftlich interessanter Länder wie Tschechien oder Polen kämpfen die Zulieferer momentan hart um Boden in dieser Region, vor allem aus expansiven oder logistischen Überlegungen heraus. Für die Slowakei sprechen momentan die Steuerreform, insbesondere die Abschaffung der Dividendenbesteuerung, niedrige Lohnkosten und bessere Rahmenbedingungen für Unternehmer.

Die deutsche Haug Kühlerfabrik GmbH lässt in der Hauptstadt für 2 Mio. Euro einen Betrieb errichten, in dem ab Oktober von zunächst 20 Beschäftigten Wärmeaustauscher und Klimaanlage gefertigt werden sollen.

Auslandsschuld

Ende März beliefen sich die gesamten Auslandsverbindlichkeiten der Slowakischen Republik auf 17,458 Mrd. US-Dollar; im Vergleich zum Vormonat waren das 771,1 Mio. Dollar weniger.

Die langfristigen Verbindlichkeiten der Slowakei sanken um 439,9 Mio. auf 10,1584 Mrd. Dollar; die kurzfristigen Verbindlichkeiten verminderten sich um 331,2 Mio. Auf 7,3

Mrd. Dollar. Ihr Anteil an den Auslandsschulden verminderte sich um 0,05 auf 41,81 %.

Auf jeden slowakischen Bürger kommen umgerechnet 3 245 Dollar an Auslandsschulden.

Die Auslandsaktiva der Slowakei belaufen sich auf 18,754 Mrd. Dollar; damit werden ihr im Ausland abzüglich der eigenen Verbindlichkeiten 1,296 Mrd. Dollar geschuldet.